

Aktuelles aus unserem Ortsverein

Fahrradturnier am 13. Mai 1995

Um 15.00 Uhr geht's wie immer auf Hoischens Hof los. Gestartet wird in verschiedenen Altersgruppen. Alle Fahrräder werden zuvor einer Sicherheitsprüfung unterzogen und erhalten gegebenenfalls eine Plakette. Den Gruppensiegern winken interessante Preise. Die Preisverteilung wird dieses Jahr unsere **SPD-Landtagskandidatin Hannelore Ludwig** vornehmen, die auch anschließend für zwanglose Gespräche zur Verfügung steht.

Zusätzlich wird dieses Jahr zum ersten Mal eine **Kodierung der Fahrräder** angeboten, um mehr Schutz vor Diebstahl zu bieten. An dieser Aktion können neben den Turniermitgliedern alle interessierten Fahrradbesitzer/innen teilnehmen. Die Kodierung ist kostenlos. **Teilnahmescheine für das Fahrradturnier** bitte bei **Korte, Gelle Breite 2**, abholen, ausfüllen und von einem Elternteil unterschrieben zum Turnier mitbringen. Viel Spaß!

Wie jedes Jahr werden wieder Kuchen, Kaffee, Limo, Bier, Würstchen zu zivilen Preisen angeboten. Über eine rege Beteiligung vonseiten der Erkelner Bevölkerung würden wir uns freuen.

Landtagswahlen am 14. Mai 1995

Wie schon vor anderen Wahlen werden Mitglieder unseres Ortsvereins an den letzten drei Sonntagen vor der Wahl frühmorgens die ZaS (**Zeitung am Sonntag**) austragen. Die Plakatierung soll wie schon an den vorangegangenen Wahlen sparsam vorgenommen werden. Die eingesparten Kosten wird der SPD-Stadtverband Brakel als **Spende an den im Bau befindlichen Kindergarten am Hembser Berg** zwecks Anschaffung von Spielmaterialien abführen.

Achtung! Schon mal vormerken! Sommerfest am 08.07.95! Näheres erfahren Sie in unserer nächsten Ausgabe.

Aktuelles aus dem Stadtrat

1. Umrüstung der Straßenbeleuchtung

Die gesamte Straßenbeleuchtung im Versorgungsgebiet der PESAG in der Stadt Brakel und den Stadtbezirken soll in nächster Zeit von den bisherigen Quecksilberdampf-Hochdrucklampen auf energiesparende Natriumdampf-Hochdrucklampen (NAH-Lampen) umgerüstet werden. Für die neuen NAH-Lampen sprechen eine bessere Lichtfarbe (warmweißes Licht), geringerer Energieverbrauch und eine erhöhte Lebensdauer. So kann z.B. mit einer 70 Watt NAH-Lampe die gleiche Lichtausbeute wie mit einer 125 Watt Quecksilberdampf-Hochdrucklampe erzielt werden. Die Amortisationszeit für die gesamte Umrüstungsmaßnahme beträgt ca. 5,34 Jahre. Diese würde sich noch wesentlich verkürzen, wenn statt der bisherigen 2-Jahres-Wartung ein 3-Jahresrhythmus eingeführt würde, was vonseiten der SPD-Fraktion vorgeschlagen wurde. Die Stadtverwaltung sagte eine Prüfung dieser Variante zu.

2. Neufassung der Satzung eines Kurbeitrages

Folgende Änderungen ergeben sich im Vergleich zu der bisherigen Satzung:

- a) Der **Kurbeitrag (0,50 DM je Übernachtung für Erwachsene und 0,30 DM für Kinder und Jugendliche zwischen 7 und 18 Jahren)** wird **ganzjährig** von allen Personen, die sich länger als zwei Tage im Stadtbezirk Brakel aufhalten, ohne dort ihren Wohnsitz zu haben, erhoben.
- b) **Freigestellt vom Kurbeitrag** sind neuerdings **Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr** in Begleitung von Erziehungsberechtigten sowie Personen, die nachweislich seit mindestens 10 Jahren ununterbrochen ihren Urlaub in Brakel verbracht haben (sog. "**Ehrekurgast**"). Weiterhin befreit sind wie bisher **Lehrgangsteilnehmer**, soweit sie nicht mehr als 3 Übernachtungen tätigen, **Ortsfremde**, die unentgeltlich bei Verwandten wohnen oder ihren Beruf hier ausüben, und **Patienten** des St.Vincenz-Hospitals.

3. Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten und Aufstellung eines Aufgabenkataloges

Auf Vorschlag des Stadtdirektors wurde die städt. Angestellte Frau **Elisabeth Ide** zur Gleichstellungsbeauftragten bestellt. Während Stadtverwaltung und CDU eine **wöchentliche Arbeitszeit von 3 Stunden(!)** für ausreichend hielten, plädierte **SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Aßmann** für eine Festsetzung auf eine **Wochenarbeitszeit von 9 Stunden**. Andernfalls hätte diese Funktion reinen Feigenblattcharakter, d.h. eine Signalwirkung für andere Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens könnte nicht erzielt werden, obwohl die Gleichstellungsbeauftragte von ihrem Aufgabenkatalog her nicht nur zur Wahrung der Interessen der städt. Angestellten tätig werden, sondern auch der übrigen Bevölkerung beratend zur Verfügung stehen sollte. Dieser Antrag der SPD wurde mit 18 Nein-Stimmen bei 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt. Jedoch sollen für die Einarbeitungsphase Mehrarbeitsstunden möglich sein.

Folgender **Aufgabenkatalog** wurde für die Gleichstellungsbeauftragte aufgestellt:

1. **Beobachtung von Bewerbungsverfahren** und die Überwachung geschlechtsneutraler Ausschreibungen in der Stadtverwaltung,
2. **Begleitung von Vorhaben und Programmen der Gemeinde**, die Auswirkungen auf die Gleichstellung von Mann und Frau haben können,
3. **Information der Bediensteten** über gesetzliche Vorschriften und Gerichtsentscheidungen zu Fragen der Gleichberechtigung von Mann und Frau,
4. **Kontaktpflege und Erfahrungsaustausch** mit anderen Gleichstellungsbeauftragten,
5. **Teilnahme an Rats- und Ausschußsitzungen** im Einvernehmen mit dem Hauptverwaltungsbeamten,
6. **Monatliche Sprechstunden** für Bedienstete des gemeindlichen

Wirkungsbereiches und für alle Bürgerinnen und
Einwohnerinnen
der Stadt Brakel,

7. **Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit** zu frauenspezifischen Problemen in der Stadt,
8. **Entgegennahme von Anregungen, Fragen und Beschwerden** aus der Bevölkerung zu Fragen, welche die Gleichstellung in der Kommune betreffen, einschließlich Beratung und Hilfestellung,
9. **Pflege von Kontakten zu Organisationen**, Institutionen, Gewerkschaften, Berufsverbänden, anderen Gleichstellungsstellen
etc.,
10. **Erarbeitung von Frauenförderplänen** in der Verwaltung.

Aktuelles aus dem Werksausschuß

1. Nitratbelastung des Trinkwassers in mg/l (Stand März 1995)

<u><i>Ostheim</i></u>	<u><i>Sudh.</i></u>	<u><i>Erkeln</i></u>	<u><i>Bökend.</i></u>	<u><i>Gehrden</i></u>	<u><i>Riesel</i></u>	<u><i>Schmecht.</i></u>
44	38	43	53	52	55	59
			stillgel.	stillgel.	stillgel.	stillgel.

Angesichts der prekären Situation in allen Gewinnungsanlagen wird deutlich, wie wichtig die geplanten Schutzmaßnahmen für die zukünftige Wassergewinnungszone "**Nethetal**" sein werden. Stadtdirektor Spieker informierte den Ausschuß darüber, daß die Bezirksregierung in Detmold die Ausweisung des obigen Schutzgebietes erst ab 1997 plane. In Anbetracht der Tatsache, daß aber nur noch in diesem Gebiet (d.h. Ostheim und Sudheim) kontinuierlich unbelastetes Wasser zu fördern sei, werde er sich bei der Bezirksregierung darum bemühen, daß die Schutzgebietsausweisung so schnell wie möglich erfolge.

Der Vorsitzende **Peter Aßmann, SPD**, beschrieb die zusätzlich geplanten **flankierenden Maßnahmen** in der künftigen Schutzzone "**Nethetal**":

a) **Vergrößerung des Güllelagerraumes** für zwei im Wasserschutzgebiet wirtschaftende Landwirte, damit Gülle länger gelagert werden und nur noch pflanzenbedarfsgerecht unter Aufsicht und Kontrolle der Landwirtschaftskammer ausgebracht werden kann. In der Zeit nach der Ernte bis zum 15. Februar darf auf unbewachsenen Flächen keine Gülle ausgebracht werden. Für den Bau von zusätzlichem Güllelagerraum gewährt die Stadt den beiden Landwirten einen Zuschuß von 35 % (ca. 31 000 DM), weitere 35 % zahlt das Land NRW.

b) Stilllegung von landwirtschaftlichen Flächen im Schutzgebiet

Bisher sind schon 117 ha stillgelegt worden. Da Pflichtstilllegungen von rd. 23 ha nicht zu entschädigen seien, müsse bei den verbleibenden 94 ha bei einem Entschädigungssatz von 200.-DM/ha mit jährlichen Kosten von 18.800.-DM gerechnet werden.

c) Vereinbarung über die Beschränkung der Stickstoffdüngung

Die Vereinbarung sieht vor, daß der Landwirt bestimmte Ge- und Verbote zu beachten habe und regelmäßige Nmin-Beprobungen auf den in der Vereinbarung genannten Grundstücken zulassen müsse. Die jährlich zu leistenden Kompensationszahlungen an die betreffenden Landwirte werden mit ca. 82.000 DM beziffert.

Wichtig ist hier ein flächendeckender Abschluß der Vereinbarung zur Beschränkung der Stickstoffdüngung in den zukünftigen Schutzzonen II und III mit **allen** dort tätigen Landwirten. Sollte die Vereinbarung nicht abgeschlossen werden, käme das Gülleverbot in der Schutzzone II mit einer sich daraus ergebenden Entschädigungspflicht gegenüber den Landwirten (ca. 75.000 DM jährlich) zum Tragen.

Folgende andere jährliche Kosten ergeben sich :

Beitrag zur Wasserkoooperation 20.000.- DM

Entschädigung für pflanzenschutzbedingte Nachteile 45.000.- DM
(bis 1996).

Insgesamt ergeben sich also jährliche Kosten von rd. 166.000 DM.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmten diesen Vereinbarungen mehrheitlich zu, obwohl hinsichtlich der Bezuschussung von

zusätzlichem Güllelagerraum erhebliche Bedenken bestanden, da eine Ausweitung von Lagerraum zu einer Erhöhung der jetzigen Viehbestände innerhalb der Schutzzonen führen und dadurch die beabsichtigten Schutzmaßnahmen gefährden könne.

Klar ist, daß es allerhöchste Zeit für Maßnahmen zum Schutze unseres Trinkwassers wird, da nur noch zwei Brunnen zuverlässig zur Verfügung stehen. Auch die betroffenen Landwirte sollten sich darüber im klaren sein über ihre Verpflichtung und Verantwortung gegenüber dem Allgemeinwohl. Wird diese Chance vertan, würde dies unübersehbare Folgen haben wie z.B. Verdoppelung der Wasserpreise durch den Einsatz von aufwendigen Entnitrifizierungsanlagen oder gar ein Aus für die kommunale Wasserversorgung. Wie heißt es doch so schön? Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Aktuelles aus dem Schulausschuß

Erweiterung der Grundschulen Klöckerstraße in der Kernstadt

Insgesamt hatte der Architekt nach den Vorgaben des Schulausschusses fünf Alternativen untersucht. Nach eingehender Beratung beschloß der Ausschuß einstimmig eine Erweiterung im östlichen Gelenk des Neubaus in Richtung Norden um **6 Klassen**. Die Mitglieder des Bauausschusses stimmten ebenfalls einstimmig für dieses Variante.

Gestaltung des Schulhofgeländes

Schon in der letzten Sitzung war nach einer Begehung des Schulgeländes auf die Notwendigkeit der Schulhofgestaltung und auf die Zuwegung zum 1994 fertiggestellten Neubau hingewiesen worden. Hier erschien es dringend geboten, den restlichen Bauschutt und anderen Müll zu beseitigen, da mit rapide angestiegenen Schülerzahlen eine Ausweitung des bisherigen Schulhofgeländes erforderlich sei. Mit den Baumaßnahmen ist inzwischen schon begonnen worden. Der neue Eingang am Pädagogischen Zentrum soll nach Auskunft der Verwaltung nach den Osterferien zur Verfügung stehen.

Unser Land verdient die erste Wahl: Johannes Rau, SPD

Erweiterung der Geschwister-Scholl-Hauptschule und der Annette-von-Droste-Hülshoff-Realschule in der Kernstadt

Schon vorher hatte die Bezirksregierung erklärt, daß sie einer gemeinsamen Lösung als Bau von 4 Klassenräumen in separaten Fertigcontainern auf dem Schulhof nicht zustimmen werde.

Nach eingehender Diskussion wird einstimmig beschlossen, eine Erweiterung in der **Hauptschule** um zwei Unterrichtsräume durch Aufstockung im süd-östlichen Bereich mit gleichzeitiger Aufstockung des Treppenhauses vorzunehmen.

Für die **Realschule** wird eine Erweiterung um zwei Unterrichtsräume als Aufstockung im nordwestlichen Bereich mit einer mobilen Trennwand beschlossen, um den Raum für Aufführungen nutzen zu können.

Der Bauausschuß spricht sich ebenfalls einstimmig für diese beiden Varianten aus.

Aktuelles aus dem Bauausschuß

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2 "Gelle Breite", Erkeln

In seiner Sitzung am 2. Mai hatte sich der Bauausschuß mit zahlreichen Einsprüchen, Bedenken und Anregungen von Eigentümern bzw. Bauwilligen in Erkeln zu befassen. So soll auf den Einspruch von zwei Vollerwerbslandwirten, des Umweltamtes Bielefeld und des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes Hörter-Warburg eine Änderung im östlichen Teil des Bebauungsplanes entlang der Bachstraße dahingehend vorgenommen werden, **daß die geplanten 6 Baugrundstücke durch Vergrößerung der einzelnen Parzellen auf 4 reduziert werden, um dem zukünftigen MD-Gebiet auch den Charakter eines Dorfgebietes zu geben und um mögliche Immissionskonflikte mit den bestehenden Vollerwerbshöfen zu vermeiden.** Es wird auch keine durchgehende überbaubare Fläche festgesetzt. Auch kleinere nichtstörende Handwerksgebiete werden im zukünftigen MD-Gebiet zugelassen.

Einer von einem Grundstückseigentümer im südlichen Bereich des Hellweges beantragten zweigeschossigen Bauweise wurde nicht zugestimmt. Dieses Gebiet soll vielmehr als allgemeines Wohngebiet (WA) ausgewiesen werden. **Auf die Anregungen von vier Grundstückseigentümern wurde die mögliche Dachneigung wie in vergleichbaren Baugebieten auf 35-45 ° heraufgesetzt. Die Drempehhöhe soll aber bei einer zulässigen Traufenhöhe von 4,00 m maximal 0,60 m betragen**, da Gebäude mit einer höheren Drempehhöhe zweigeschossig werden könnten, was nach der festgesetzten Eingeschossigkeit nicht zulässig ist. Da aufgrund der stattgegebenen Änderungen und Bedenken die Grundzüge des Bebauungsplanes berührt werden, muß der Bebauungsplan nach Zustimmung durch den Rat am 22.05.95 erneut öffentlich ausgelegt werden. Für mögliche Bauinteressenten also eine weitere Verzögerung eines möglichen Baubeginns! Weitere Schwierigkeiten und Verzögerungen sind vorprogrammiert, da auch ein Einspruch gegen den geplanten Ausbau der Gellen Breite von derzeit 5 m auf 7 m (wie bisher nur bei dem Grundstück Korte vorhanden) anhängig ist. Dies ist jedoch nach Ansicht der Planer für eine Erschließung des nördlichen Teiles des neuen Bebauungsplanes unumgänglich.

Viele dieser Schwierigkeiten und Bedenken hätten sich vermeiden lassen, wenn die Verantwortlichen vorher mit allen Grundstückseigentümern gesprochen hätten. Auf diese Weise wäre vielleicht sogar Kommunalbauland für andere Interessenten, die keinen Grund und Boden in der Gellen Breite haben, möglich gewesen. So aber werden nur einige Erkelner bauen können, andere werden nicht zum Zuge kommen, Zuzug von außen und damit eine Steigerung der Einwohnerschaft, wie es in allen anderen Ortsteilen der Fall ist, wird so nicht erfolgen.

Um so erfreulicher ist es, daß sich nach unseren Informationen endlich ein Grundstückseigentümer in der Dorfmitte bereiterklärt hat, von sich aus Bauwilligen Bauland zu verkaufen. Entsprechende Verhandlungen mit jungen Bauwilligen sind schon im Gange bzw. abgeschlossen. Vielleicht macht dieses gute Beispiel ja Schule, und die seit Jahren andauernden Querelen um Bauland in Erkeln gehören der Vergangenheit an. Für die Zukunft unseres Ortsteils wäre dieses jedenfalls wünschenswert.

Brief unserer Landtagskandidatin, Hannelore Ludwig, SPD

Liebe Erkelner Bürgerinnen und Bürger!

Bei der Wahl am 14. Mai bitte ich zum zweiten Mal um Ihre Stimme, um Ihre und die Belange unseres Kreises im Düsseldorfer Landtag zu vertreten.

Sie haben es am 14. Mai in der Hand, ob in unserem Land weiterhin mit einer klaren Mehrheit eine zukunftsweisende Politik betrieben werden kann. Verschenken Sie diese Chance nicht und **geben Sie Johannes Rau die Möglichkeit, seine Politik fortzusetzen, denn er ist ein Mann, der nichts verspricht, was er nicht halten kann.** Und daß er hält, was er verspricht, möchte ich Ihnen an einigen Beispielen verdeutlichen.

Beispiel Kindergartenplätze: 1990 hat **Johannes Rau** 100.000 neue Kindergartenplätze versprochen, weil es uns Sozialdemokraten ernst ist mit einer guten Betreuung von Kindern und Vereinbarkeit von Beruf und Familie. **Geschaffen wurden bis heute 125.000 neue Plätze.** Davon profitiert haben auch Sie, insbesondere die jungen Familien in Brakel. **Seit 1990 sind hier 140 neue Kindergartenplätze entstanden, und allein in 1994 leistete das Land laufende Betriebskostenzuschüsse für die Brakeler Kindergärten in Höhe von 2,3 Mio. DM .** Doch reicht das Angebot damit immer noch nicht aus, und deshalb wird das Land auch weiterhin den Bau von Kindergartenplätzen vorrangig fördern.

Beispiel Wohnungsbau: Um die Wohnungsnot zu bekämpfen und um den Menschen in Nordrhein-Westfalen bezahlbare Wohnungen zur Verfügung zu stellen, war der Wohnungsbau in den vergangenen Jahren ein Schwerpunkt. **Inzwischen sind 163.000 neue Wohnungen in NRW entstanden. Das hat das Land 1,6 Milliarden DM gekostet.**

Davon sind 12,2 Mio. DM nach Brakel gegangen und 35 Mietwohnungen, 69 Eigenheime bzw. Eigentumswohnungen und 49 Modernisierungen von Wohnungen finanziert worden.

Beispiel Altenpolitik: Da immer mehr alte Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben möchten, hat die Landesregierung die **ambulanten Hilfen** in den letzten fünf Jahren stark ausgebaut. **Auch in Brakel gibt es eine anerkannte Sozialstation.** Was viele nicht wissen: Auch wenn diese Station von einem kirchlichen Träger unterhalten wird, so beteiligt sich das Land finanziell. **1994 zahlte das Land für jede Fachkraft laufende Zuschüsse in Höhe von 7.700 DM an die kirchlichen Spitzenverbände.**

Ich könnte noch eine Menge mehr aufzählen, woran Sie sehen können, daß die Landesregierung unter Johannes Rau auch das Leben in Ihrer unmittelbaren Umgebung erleichtert und verbessert hat.

Diese erfolgreiche und bürgernahe Politik wollen wir Sozialdemokraten fortsetzen.

Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen und um Ihre Stimme. Gehen Sie zur Wahl und sorgen Sie mit dafür, daß unser Land auch weiterhin auf einem guten Weg bleibt.

Ihre Stimme für mich ist Ihre Stimme für Johannes Rau.

Mit freundlichen Grüßen!

Hannelore Ludwig

Wir in Nordrhein-Westfalen wählen SPD!